
AUSLÄNDISCHE BETRIEBSANSIEDLUNGEN IN ÖSTERREICH

Rezension von: Hans Glatz,
Hans Moser, Ausländische
Direktinvestitionen in Österreich –
Auswirkungen auf Beschäftigung,
Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit
der Industrie, Campus Verlag,
Frankfurt/New York, 1988, 220 Seiten,
DM 48,–

Österreich fördert, wie auch andere Staaten, durch ein umfangreiches Bündel von Maßnahmen ausländische Betriebsansiedlungen und versucht so, die Standortwahl der multinationalen Konzerne zu beeinflussen. Vor diesem Hintergrund analysieren und evaluieren die beiden Autoren die bedeutendsten Ansiedlungen seit 1970 in Österreich. Die Untersuchung, die die Rolle ausländischer Unternehmen in Österreich in einem globalen Rahmen von zunehmender Industrialisierung der Produktion, Kontrolle der Produktion durch multinationale Konzerne und Diskussion um die Wettbewerbsfähigkeit interpretiert, erstreckt sich auf 36 Industrieunternehmen mit 22.000 Beschäftigten und einem Umsatz von 34 Milliarden Schilling (Stand 1986).

Hier die wesentlichen Untersuchungsergebnisse: Branchenmäßig lagen die Ansiedlungsschwerpunkte in der Elektro- und Fahrzeugindustrie, wobei fast die Hälfte der Direktinvestitionen aus dem angrenzenden Ausland (BRD, Schweiz) kam. Als Ansiedlungsmotiv orten die Autoren den Marktzugang zu Westeuropa, Arbeitskräfteangebot, Steuer- und Finanzierungsvorteile, industrielle Produktionserfahrung sowie stabile wirtschaftlich-soziale Rahmenbedingun-

gen. Die Industrieansiedlungen schufen in Österreich 21.677 neue Arbeitsplätze.

Hinsichtlich der Beschäftigungsstruktur wurde eine hohe Facharbeiter- und Angestelltenquote festgestellt, die aber im Vergleich zum österreichischen Industriedurchschnitt aufgrund der kapitalintensiven Produktionsweise zu relativieren ist. Die nominelle Produktivität liegt 15 Prozent, die Arbeitsproduktivität 25 Prozent über dem österreichischen Durchschnitt. Die Personalaufwendungen pro Beschäftigten sind in den untersuchten Unternehmen insgesamt im Vergleich zur jeweiligen Branche eher unterdurchschnittlich. Aus dem Zusammenwirken von hoher Arbeitsproduktivität mit nur durchschnittlichen Personalaufwendungen ist auf eine höhere Rentabilität der ausländischen Tochtergesellschaften im Vergleich zu österreichischen Konkurrenten zu schließen.

Die außenwirtschaftlichen Auswirkungen der untersuchten Unternehmen sind insgesamt positiv zu beurteilen. Die Exportquote der Multi-Tochterunternehmen liegt mit 85 Prozent um 39 Prozentpunkte über dem Durchschnitt der österreichischen Industrie, wobei diese Marke aufgrund der hohen Vorleistungsimporte auf 46 Prozent Nettoexportquote revidiert werden muß.

Nur ein Viertel der Vorleistungen werden von inländischen Produzenten bezogen! Diese unbefriedigende Integration in die heimische Wirtschaft gründet einerseits auf einer konzernorientierten Beschaffungspolitik und andererseits auf dem fehlenden qualifizierten Angebot an heimischen Vorprodukten. Ebenso ist der Grad der Eigenständigkeit der österreichischen Tochterunternehmen sehr gering, da diese aufgrund der europäischen Randlage nicht die Funktion einer Europazentrale für den jeweiligen Konzern innehaben.

Die Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen sind rund 2,5 mal so

hoch wie im österreichischen Industriedurchschnitt, doch lassen sich kaum Technologietransfers ins österreichische Umfeld beobachten.

Anhand von finanzwissenschaftlichen Rentabilitätsrechnungen weisen die Autoren nach, daß sich die von der öffentlichen Hand gewährten Subventionen (rund 22 Prozent des Investitionsvolumens) in längstens 5 Jahren amortisiert haben.

Ausländische Industrieunternehmen sind neben der Verstaatlichten und der Privatindustrie eine wesentliche Stütze der österreichischen Wirtschaft. Doch können zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und zur Erhaltung bzw. zum Ausbau des Wohlstandes nur solche Ansiedlungen beitragen, die ein hohes Wertschöpfungsniveau haben. Nur Betriebe mit technologieintensiven Produkten und Verfahren und einem hohen Bedarf an qualifizierten Arbeitsplätzen werden diesen Anforderungen gerecht. Auf die Auswahl der Betriebe muß daher in Zukunft mehr Augenmerk gelegt werden.

Anschließend an eine genaue Analyse der österreichischen industriell-gewerblichen Struktur und der Industriepolitik formulieren die Autoren Optionen für Österreich, die die negativen volkswirtschaftlichen Effekte, die ein zunehmender Einfluß ausländischer Konzerne und das Fehlen einer eigenständigen Wettbewerbsfähigkeit haben können, vermeiden sollen. Neben dem Ausbau der Wettbewerbsfähigkeit, sowohl im eigenen

Land wie auch international, und eines heimischen Unternehmenspotentials schlagen die Autoren eine selektive Ansiedlung ausländischer Tochtergesellschaften vor. Die Höhe der traditionellen Standortkostenförderung ist von der Erfüllung volkswirtschaftlicher Kriterien abhängig zu machen. Solche Kriterien sind beispielhaft hohe Wertschöpfung, Vorhandensein möglichst vieler relevanter Unternehmensfunktionen am Standort, Ausbildungsleistung und -qualität und Art und Umfang inländischer Zulieferungen.

Die stärkere Einbindung der Betriebe in die heimische Wirtschaft ist durch wirtschaftspolitische Maßnahmen, z. B. die höhere Besteuerung von Gewinntransfers, zu forcieren. Das Hauptaugenmerk ist aber auf den Industriestandort Österreich zu richten. Mit Hilfe gezielter Förderungen wie etwa Infrastruktur, Forschungs-, Ausbildungs- und Wohnungspolitik sollten regionale Standorte entwickelt werden. Aufgrund dieser qualitativen Verbesserungen würde der Standort Österreich für technologiestarke ausländische, aber auch heimische Unternehmen, attraktiver.

Hiermit wird die Betriebsansiedlungspolitik in einen breiteren Rahmen gestellt. Anstelle einer wahllosen Gewinnung von Investoren soll sie zur Stärkung der Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Industrie eine untergeordnete Teilstrategie der Wirtschaftspolitik sein.

Elisabeth Beer